

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	64 (1985)
Heft:	9
Artikel:	Das neue Wirtschaftsprogramm der SPD Schleswig-Holstein : Recht auf Arbeit verwirklichen : der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Planwirtschaft
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340273

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

arbeitsfähigen Menschen (also auch jener, denen momentan das Recht auf Arbeit vorenthalten wird) gerichtet sind, rechtzeitig zu verhindern.

Dies wird einerseits durch offensive Strategien, wie Arbeitszeitverkürzung und wirtschaftliche Einflussnahme, durch eine beschäftigungsorientierte Innovations- und Investitionsförderung geschehen können. Gleichzeitig muss aber kurzfristig dafür gesorgt werden, dass durch erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer der Schutz der Betroffenen gewährleistet ist. Schutzmechanismen sind nicht als defensive Strategie zur Verhinderung einer Weiterentwicklung der technologischen Innovation anzusehen, sondern als

Norm für die Vermenschlichung der Technik, denn nur wenn der Mensch über der Maschine steht und wenn gleichzeitig der Mensch und seine Arbeit den gleichen Stellenwert wie das Kapital oder Profitinteressen haben, kann die Zukunft der gesamten Gesellschaft human und demokratisch gestaltet werden. Diese Aufgabe haben wir alle im Interesse der zukünftigen Gesellschaft und somit letztlich in unserem eigenen Interesse zu lösen. Und ich baue dabei auf die Unterstützung und Kampfbereitschaft von uns allen und von 1,6 Millionen ÖGB-Mitgliedern!

Copyright by «Zukunft», Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

gesellschaftlicher Arbeit, zwischen privatem und öffentlichem Leben überwindet.

Selbstbestimmte Tätigkeiten im Bereich der Freizeit, der Eigenarbeit und bestimmter Ehrenämter, der Nachbarschaftshilfe, Familienarbeit und genossenschaftlichen Kooperation müssen als gleichwertig neben die Erwerbsarbeit treten.

Von daher sehen es Sozialdemokraten auch als ihre Aufgabe an, Möglichkeiten für Eigenarbeit und andere sinnerfüllte gesellschaftliche Tätigkeiten, vor allem im sozialen und kulturellen Bereich zu fördern und zu schaffen und gesellschaftliche Arbeit und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen gleichberechtigt aufzuteilen. Wir wollen das Recht auf Arbeit für Männer und Frauen verwirklichen, und wir wollen auch ein ausreichendes Einkommen für die Menschen sichern, die nicht oder nur teilweise am Erwerbsleben teilnehmen.

Ein denkbare Instrument hierfür ist ein bedarfsgerechtes soziales Mindesteinkommen für diejenigen, die nicht über ausreichendes Einkommen aus Erwerbsarbeit oder anderen Quellen verfügen. ...

Newe Instrumente

Zur Durchsetzung einer sozial gesteuerten und an ökologischen Gesetzmäßigkeiten ausgerichteten Volkswirtschaft reicht das herkömmliche Instrumentarium staatlicher Wirtschaftspolitik nicht aus. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung mit fiskalischen Mitteln und staatlichen Investitionsprogrammen nur begrenzt zu beeinflussen ist. Deshalb brauchen wir neue Formen volkswirtschaftlicher Kontrolle und Steuerung: die Ausdehnung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie auf allen Ebenen

Das neue Wirtschaftsprogramm der SPD Schleswig-Holstein

Recht auf Arbeit verwirklichen

Der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Planwirtschaft

Die SPD Schleswig-Holstein hat auf ihrem Parteitag in Reinbek ein wirtschaftspolitisches Programm «Zukunft der Arbeit» verabschiedet. Nach Einschätzung des wiedergewählten Landesvorsitzenden Günther Jansen könnte es auch für die Bundes-SPD mehrheitsfähig sein. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem umfangreichen Papier.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss... auf eine an ökologische Gesetzmäßigkeit ausgerichtete Volkswirtschaft hinarbeiten, sie muss das Recht auf Arbeit für Männer und Frauen verwirklichen, sie muss die Massenarbeitslosigkeit abbauen, die technologischen Veränderungen demokratisch

sozial steuerbar machen und einen solidarischen Ausgleich mit der Dritten Welt anstreben. In der Tradition der Arbeiterbewegung ist Arbeit in der Form der Erwerbsarbeit Mittel zur Existenzsicherung und Lebensinhalt zugleich. Gegenwärtig verändern sich jedoch Art und Umfang der Erwerbsarbeit vor allem durch den technologischen Wandel. Dies eröffnet die Chance, macht es aber auch notwendig, Arbeit inhaltlich neu zu bestimmen.

Trennung überwinden

Der traditionelle Begriff der Arbeit muss überführt werden in ein Verständnis sinnvoller Tätigkeit, das die Trennung zwischen Erwerbsarbeit und

der Betriebs- und Unternehmensführung, die Abstimmung der Investitionspläne und Forschungsschwerpunkte der Grosskonzerne mit gesellschaftlichen Zielvorgaben, die Koordination des regionalen und sektoralen Strukturwandels.

Wir wollen mit den dafür geeigneten Instrumenten ein qualitatives Wachstum verwirklichen, d.h. ein Wachstum, das die Umwelt-, Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert und zugleich Arbeitsplätze schafft. ...

Finanzsysteme überdenken

Die von der SPD geforderte Umverteilung von oben nach unten, die dauerhafte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, die Finanzierung arbeitsmarktwirksamer Programme und die Reparatur und Verhinderung von Umweltzerstörungen machen einen Umbau des Steuer- und Abgabensystems erforderlich. Der Anteil der gesellschaftlichen Ausgaben muss wieder ausgeweitet werden. Öffentliche Haushalte müssen wieder in den Dienst einer aktiven Beschäftigungspolitik gestellt werden. Nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten schliessen wir auch eine begrenzte Erhöhung der Neuverschuldung nicht aus. Durch Abbau der Überrüstung und durch aktive Friedenspolitik müssen erhebliche Einsparungen im Verteidigungshaushalt erreicht werden, die ebenfalls zur Finanzierung herangezogen werden sollen.

Mit dem Umbau des Steuer- und Abgabesystems muss erreicht werden, dass

- die Bezieher kleiner Einkommen entlastet und Transferleistungen für die unteren Einkommensgruppen wieder ausgebaut werden können,

- Vermögenseinkünfte gerecht mit Steuern und Sozialabgaben belastet werden.
- das Weg rationalisieren von Arbeitsplätzen nicht noch mit Einsparungen bei der Sozialversicherung belohnt wird,
- die Sanierung der Altlasten im Umweltbereich, soweit erforderlich, nach dem Gemeinlastenprinzip finanziert werden kann,
- der Verbrauch von Natur und Rohstoffen mit allen volkswirtschaftlichen Kosten dem Verursacher angelastet wird.

Dabei sind wir uns im klaren darüber, dass eine zusätzliche Belastung der Spitzeneinkommen nicht ausreichen wird, um die erforderlichen Mittel aufzubringen. Opfer für die Wiederherstellung der Umwelt, für die Einführung ökologischer Produktionsverfahren und für die Verbesserung der Lage der einkommensschwachen Schichten müssen auch von den Beziehern mittlerer Einkommen erbracht werden. Die SPD tritt deshalb für eine solidarische Lohn-, Abgaben- und Steuerpolitik ein. Wer die Solidarität ernst nimmt, muss bereit sein, zugunsten gesellschaftlicher Aufgabenerfüllung Verzicht zu leisten.

Die zentralisierte kapitalistische Wirtschaft – fälschlich als «soziale Marktwirtschaft» bezeichnet – schafft weder soziale Gerechtigkeit noch funktionierenden Wettbewerb. Grossunternehmen hebeln den Markt als Steuerungsinstrument für Produktion und Verbrauch aus und beeinflussen gleichzeitig in hohem Masse durch ihre wirtschaftliche Macht politische Entscheidungen. Damit höhlen sie die Demokratie aus. Ökologische Gesamtinteressen werden nicht berücksichtigt. Das wirtschaftliche Einzelinteresse wird gesamtgesellschaftlicher Verantwortung übergeordnet.

Die SPD strebt eine Wirtschafts- und Sozialordnung an, in der die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt wirtschaftlicher Überlegungen stehen. Deshalb muss die Wirtschaft gesellschaftlich kontrolliert und gesteuert werden.

Umfassende Wirtschaftsdemokratie

Die SPD will die gesellschaftliche Steuerung und Kontrolle der Wirtschaft über parlamentarisch gesetzte Rahmenbedingungen und über die Konzeption einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie erreichen. Die geltenden Mitbestimmungsregelungen sind jedoch unzureichend und verbesserungsbedürftig. Mitbestimmung muss auf mehreren Ebenen erfolgen:

- Mitbestimmung am Arbeitsplatz,
- Mitbestimmung in Unternehmen,
- Mitbestimmung durch überbetriebliche Arbeitnehmerfonds,
- volkswirtschaftliche Mitbestimmung (Wirtschafts- und Sozialräte).

Der demokratische Sozialismus will die Selbstbestimmung des Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Selbstbestimmung muss darum bei der Mitbestimmung am Arbeitsplatz durch die Arbeitnehmer, in dem sie Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeit nehmen und damit ihre Selbstverwirklichung fördern, beginnen. Die Arbeitnehmer müssen einbezogen werden in die Vorbereitung, Planung und Durchführung von Massnahmen, die die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen betreffen. ...

Das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze müssen ausgebaut werden. Das betrifft insbesondere

die Mitbestimmungsrechte des Betriebs- und Personalrats. Bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien sollen Arbeitnehmer mitbestimmen und mitgestalten. Damit übernehmen die Arbeitnehmer auch die Mitverantwortung für die menschengerechte Nutzung neuer technischer Möglichkeiten. Nur durch Mitbestimmung besteht die Chance, mit der Einführung von neuen Technologien Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. Darüber hinaus muss die Personalplanung der Unternehmen einschliesslich der Regelung von Zeitarbeitsverträgen und Heimarbeitsplätzen mitbestimmungspflichtig sein.

Die veränderten Strukturen in der Arbeitsorganisation stellen eine Herausforderung an die Arbeitnehmervertretungen dar, die auch neue organisationspolitische Antworten notwendig machen. Die Entscheidungsfindung auf Unternehmensebene muss nicht nur die Interessen von Kapital und Arbeit im traditionellen Mitbestimmungsverständnis umfassen, sondern auch Verbraucher-, Kommunal- und ökologische Interessen einbeziehen.

Die volkswirtschaftliche Mitbestimmung dient der Umsetzung gesamtwirtschaftlicher Zielsetzungen. Sie organisiert sich regional, auf Länderebene, im Bund und auf europäischer Ebene.

Zu den Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialräte gehören,

- Mitwirkung bei öffentlicher Wirtschafts- und Forschungsförderung,
- Beratung der Parlamente und Regierungen,
- Einrichtung von Investitionsmeldestellen und Ausarbeitung von Empfehlungen für Investitionen...

Demokratisierung der Industriegesellschaft

Demokratischer Sozialismus ist nicht schon durch staatliches Eigentum an Produktionsmitteln verwirklicht. Staatskapitalistische Wirtschaftssysteme wie zum Beispiel in den Ostblockstaaten und verstaatlichte Unternehmen in privatkapitalistisch organisierten Staaten verhalten sich häufig in sozialer und umweltpolitischer Hinsicht gesellschaftsschädlich. Der blosse Verstaatlichung setzen wir das Konzept der Demokratisierung der Industriegesellschaft entgegen.

Dabei treten wir für eine gemischte Wirtschaftsordnung ein, in der durch die Vielfalt der Formen – von privaten und öffentlichen Unternehmen über genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmensformen bis hin zu vergesellschafteten Bereichen – ein Maximum an Freiheit und sozialer wie ökologischer Verantwortung für die Menschen mit sich bringen soll, sei es als Arbeitnehmer, sei es als Konsument.

Wir gehen dabei davon aus, dass bestimmte gesellschaftliche Bereiche aufgrund ihrer grossen Bedeutung für die Allgemeinheit der gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden müssen. Dies bezieht sich auf das Gesundheits- und Bildungswesen, den Energie- und Rohstoffsektor, die Geldwirtschaft wie den Transport- und Verkehrsbereich.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik will die Marktmechanismen nutzen, weil sie Anpassungsfähigkeit der Unternehmen fördern und Verbraucherwünsche berücksichtigen. Die SPD tritt deshalb für solche marktwirtschaftlichen dezentralen und mitbestimmten Wirtschaftsformen ein, in de-

nen die Entfaltung des einzelnen und die Erhaltung der natürlichen Umwelt erreicht werden.

Ohne eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung wird es angesichts der schnellen technologischen Veränderungen nicht möglich sein, alle Menschen, die dies wollen, an der Erwerbsarbeit zu beteiligen. Eine Umverteilung der Arbeit bei entsprechendem Einkommenausgleich aus Arbeit und Kapital ist für uns dabei die einzige moralisch vertretbare und in einer Demokratie akzeptable Strategie der Arbeitszeitverkürzung...

Für die 30 Stundenwoche

Wenn neue und sichere Arbeitsplätze durch eine an Beschäftigung orientierte Wirtschaftspolitik in allen Wirtschaftsbereichen entstehen sollen, muss auch der öffentliche Dienst seine beschäftigungspolitische Aufgabe wieder wahrnehmen. Die öffentlichen Hände dürfen Massnahmen der Arbeitsumverteilung nicht zur Haushaltssanierung missbrauchen. ...

Am wirksamsten lässt sich Arbeit durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit umverteilen. Die SPD wird deshalb die Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche weiterhin aktiv unterstützen. Sie wird gleichzeitig dort, wo ihre Vertreter im öffentlichen Dienst Arbeitgeberaufgaben wahrnehmen, gewerkschaftliche Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung fordern. Wir streben eine solche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit an, die es Frauen und Männern ermöglicht, Beruf und familiäre Aufgaben gleichermaßen wahrzunehmen. Mittelfristig muss deshalb die 30-Stunden-Woche realisiert werden. ...